
N i e d e r s c h r i f t

über die **öffentliche** Sitzung des Kreistages des Landkreises Konstanz am **Montag, dem 27. September 2010**, im Landratsamt Konstanz, Benediktinerplatz 1, 78467 Konstanz, Großer Sitzungssaal

Beginn: 14:40 Uhr

Ende: 18:10 Uhr

TAGESORDNUNG

TOP	Bezeichnung	Drucksache-Nr.
1.	Genehmigung der Niederschriften über die öffentlichen Sitzungen vom 21.06. und 26.07.2010	
2.	Änderung in der Besetzung des Kreistags;	2010/146
	a) Ausscheiden von Kreisrätin Isabel FEZER/Nachfolgeregelung	
	b) Feststellung evtl. vorliegender Hinderungsgründe bei der nachrückenden Person	
	c) Verpflichtung des nachrückenden Mitglieds	
	d) Regelung der Nachfolge in der Besetzung der Gremien	
3.	Bericht über die Haushaltsentwicklung 2010	2010/148
4.	Neubau Berufsschulzentrum Radolfzell;	2010/137
	Entwurfsplanung, Kostenberechnung, Finanzierung und Ausführung/Terminplan	
5.	Neuorganisation Job-Center;	2010/144
	Künftige Umsetzung des SGB II im Landkreis Konstanz	

TOP	Bezeichnung	Drucksache-Nr.
6.	Einrichtung eines Pflegestützpunktes im Landkreis Konstanz gemäß § 92 c Sozialgesetzbuch (SGB) XI	2010/136
7.	Bürgerfragestunde	
8.	Flugverkehrsbelastung durch den Flughafen Zürich-Kloten; Antrag der Fraktion der CDU	2010/147
9.	Mitteilungsvorlagen	
9.1	Job-Center Landkreis Konstanz; Sachstandsbericht Grundsicherung für Arbeitssuchende	
9.2	Sachplan Geologisches Tiefenlager; Sachstandsbericht	
10	Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche	
10.1	Unterrichtung der Mitglieder des Kreistags über einen aktuellen Sachverhalt	

Vorsitzender:

Hämmerle, Frank, Landrat

Stimmberechtigte Mitglieder:

59 Kreisrätinnen und Kreisräte

Entschuldigt:

Czajor, Marion

Dr. Eickmeyer, Horst**Fezer**, Isabel

Karcher, Bernd

Mutter, Alfred

Özdemir, Zekine

Rühland, Dieter, Prof. Dr.

Steffens, Volker

Wehrle, Pius

Auf besondere Einladung nehmen teil:

Asan, Hakan (Fa. Drees & Sommer, Stuttgart, TOP 4)

Broghammer, Dieter (Architekt, Rottweil ob Zimmern, TOP 4)

Karrer, Lothar (Stv. Schulleiter Berufsschulzentrum Radolfzell, TOP 4)

Reichle, Günter (Schulleiter Berufsschulzentrum Radolfzell, TOP 4)

Von der Verwaltung nehmen teil:

Gärtner, Philipp

Bertsche, Sandra

Goßner, Axel

Nops, Harald

Olms, Melanie

Seidl, Karin

Protokollführer:

Roth, Manfred

Der **Vorsitzende** begrüßt die Anwesenden und teilt mit, dass es in Sachen „Job-Center/SGB

II“ nach dem Versand der Sitzungsunterlagen Entwicklungen gegeben habe, die ihn dazu bewogen hätten, den Tagesordnungspunkt (TOP 5) abzusetzen.

Der Landkreistag habe mitgeteilt, dass sich der Bund offensichtlich doch an den Umstellungskosten beteiligen werde. Bevor dies nicht abschließend geklärt sei, halte er die Angelegenheit nicht für entscheidungsreif und deshalb habe er sich dazu entschlossen, den Tagesordnungspunkt abzusetzen. Man werde über die Angelegenheit in der nächsten Sitzung am 25.10.2010 abschließend beraten und entscheiden. Widerspruch gegen dieses Vorgehen wird nicht erhoben.

Kreisrat **Dr. Schmidt** fordert ergänzend dazu die Vorlage einer Konzeption für den Fall einer Option. Dies wird vom **Vorsitzenden** bestätigt.

Nach diesen Ausführungen eröffnet der **Vorsitzende** die **öffentliche** Sitzung und stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde; anschließend verliest er die Liste der Entschuldigten und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Wünsche oder Anregungen zur Tagesordnung werden auf Nachfrage nicht geäußert.

1. Genehmigung der Niederschriften über die öffentlichen Sitzungen vom 21.06. und 26.07.2010

Auf Nachfrage des **Vorsitzenden** beantragt Kreisrat **Johannes Moser** eine Ergänzung zur Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Kreistags am 26.07.2010.

Folgende Frage zu TOP 15/Jugendsozialarbeit an Schulen und die Antwort von Herrn **Goßner** seien nicht protokolliert worden: "Sind von Seiten des Kreissozial- und Jugendamtes Kürzungen bei den Sozialkompetenzgruppen an den Sonderschulen in Singen, Stockach und Engen geplant?" Herr **Goßner** habe versichert, dass bei der sozialen Gruppenarbeit an den Sonderschulen keine Kürzungen vorgenommen werden sollen.

Der Wortbeitrag sowie die dazu gehörende Antwort könnten sicherlich aus der Ton-Aufzeichnung entnommen werden.

Der **Vorsitzende** sagt zu, dass man die Niederschrift entsprechend ergänzen werde; die Mitglieder des Kreistags stimmen dieser Änderung ohne förmliche Abstimmung zu. Die Niederschrift gilt mit dieser Maßgabe als genehmigt.

Zur Niederschrift über die Sitzung am 21.06.2010 erfolgen keine Wortmeldungen. Der **Vorsitzende** stellt fest, dass die Niederschrift damit genehmigt sei.

2. Änderung in der Besetzung des Kreistags:

- a) **Ausscheiden von Kreisrätin Isabel FEZER/Nachfolgeregelung**
- b) **Feststellung evtl. vorliegender Hinderungsgründe bei der nachrückenden Person**
- c) **Verpflichtung des nachrückenden Mitglieds**
- d) **Regelung der Nachfolge in der Besetzung der Gremien**

Der **Vorsitzende** stellt den Sachverhalt dar. Ergänzend dazu teilt er mit, dass Kreisrat **Dr. Geiger** die Nachfolge von Kreisrätin **Fezer** im Fraktionsvorsitz übernehme.

Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss 1 (einstimmig):

- **Dem Ausscheiden von Kreisrätin Isabel FEZER aus dem Kreistag wird zugestimmt.**
- **Es wird festgestellt, dass bei Herrn Josef Joachim RECKZIEGEL, Radolfzell, keine Hinderungsgründe nach § 24 der Landkreisordnung vorliegen.**

Der **Vorsitzende** verpflichtet Herrn Josef Joachim **Reckziegel**. Herr **Reckziegel** spricht folgenden Text nach:

„Ich gelobe Treue der Verfassung, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten.

Insbesondere gelobe ich, die Rechte des Landkreises gewissenhaft zu wahren, sein Wohl und das der in ihm lebenden Menschen nach Kräften zu fördern. So wahr mir Gott helfe“.

Der **Vorsitzende** begrüßt Herrn **Reckziegel** im Kreis der Mitglieder des Kreistags. Danach fasst der Kreistag folgenden

Beschluss 2 (einstimmig):

Den von der Fraktion der FDP vorgeschlagenen Änderungen im Zuge der Neubesetzung der Ausschüsse und Kommissionen wird im Wege der Einigung zugestimmt.

Hinweis:

Die Änderungen sind in der Anlage zur Sitzungsvorlage dargestellt.

3. Bericht über die Haushaltsentwicklung 2010

Herr **Nops** stellt den Sachverhalt dar.

Der **Vorsitzende** berichtet über das Ergebnis der 1. Sitzung der Haushaltsstrukturkommission vom 21.09.2010.

In einer zweiten Sitzung am 11.10.2010 werde die Verwaltung weitere mögliche Einsparvorschläge einbringen. Insgesamt sei das Ergebnis jedoch ernüchternd, denn auch wenn man einen „totalen Kahlschlag“ riskiere, kämen max. 1,0 – 1,5 Mio. € (weniger als 1 % des Hebesatzes der Kreisumlage) zusammen. Angesichts der drohenden Deckungslücke von über 20 Mio. € sei dieser Betrag vergleichsweise gering. Allerdings hoffe er, dass das Land den Haushaltserlass noch nachbessere, weil die Steuereinnahmen auch des Landes deutlich höher lägen als erwartet.

Anschließend leitet der **Vorsitzende** zu TOP 4 über (Ausführungen s. bei TOP 4).

Die Mitglieder des Kreistags nehmen den Budgetbericht zur Kenntnis.

4. Neubau Berufsschulzentrum Radolfzell;

Entwurfsplanung, Kostenberechnung, Finanzierung und Ausführung/Terminplan

Der **Vorsitzende** leitete am Ende von TOP 3 zu TOP 4 über (s. TOP 3).

Kreisrat **Amann** nimmt ab 15:00 Uhr an der Sitzung teil.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass man in der Sitzung der Haushaltsstrukturkommission

am 21.09.2010 auch über das Thema „Neubau BSZ Radolfzell“ beraten habe. Die Kommission empfehle angesichts der in TOP 3 dargestellten außerordentlich prekären finanziellen Lage im kommenden Jahr mehrheitlich, die Sporthalle nicht im 1. Bauabschnitt zu bauen. Er trage diese Entscheidung mit, zumal die bestehende Halle noch einige Jahre ohne nennenswerte Investitionen genutzt werden könne. Außerdem werde man darauf achten, dass die Interimszeit beim Bau der Halle zu einem späteren Zeitpunkt möglichst kurz sei.

Er sei verpflichtet, Beschlüsse des Kreistags umzusetzen. Darüber hinaus sei es aber auch seine Aufgabe, den Gremien Vorschläge zu machen, die der Gesamtsituation Rechnung tragen. Die Haushaltslage 2011 sei sehr schlecht, in 2012 wohl etwas besser. Klar sei, dass das Unterrichtsgebäude, dessen Bedarf das Regierungspräsidium bestätigt habe, gebaut werden müsse. Wenn man dies nicht wolle, müsste man viel Geld in den Altbau investieren und das rechne sich nicht.

Im 1. Bauabschnitt (Abschnitt 1 a) müsse man danach den alten Gebäudeteil A ersetzen und dabei auch den vom Regierungspräsidium bestätigten Mehrbedarf berücksichtigen. In einem zweiten Abschnitt 1 b) könne man dann die Halle bauen, die dann auch finanziert werden könnte.

Anschließend stellt der **Vorsitzende** den bisherigen Verlauf und die Ergebnisse der Beratungen dar. Er plädiere für die Umsetzung des Empfehlungsbeschlusses der Haushaltsstrukturkommission.

Herr **Broghammer** stellt die Planungen vor; alle Planungen seien mit der Schule abgestimmt.

Kreisrat **Ostermaier** bittet um Erläuterung der Gründe für die Erhöhung der Bruttogeschossfläche um 1.450 m².

Kreisrat **Kessler** nimmt Bezug auf die Vorstellung der Planung und stellt fest, dass man immer von einer wirtschaftlichen Lösung rede, die Kosten jedoch um 4,5 Mio. € gestiegen seien. Wie passe das zusammen?

Kreisrat **Frank** bittet um Erläuterung der Gründe für eine „einheitliche Gründungsebene“ und die Mehrflächen durch zusätzliche Funktions-, Konstruktions- und Verkehrsflächen. Was koste das zusätzlich?

Kreisrat **Siegfried Lehmann** (MdL) bittet um Mitteilung, innerhalb welcher Zeit die Bauabschnitte 2 und 3 umgesetzt werden müssten, weil sich die Investitionen in eine Sanierung ab einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr lohnen würden. Von welchem zeitlichen Rahmen müsse man hier unter wirtschaftlichen Aspekten ausgehen?

Herr **Broghammer** antwortet, dass eine einheitliche Gründungsebene unerlässlich sei, wenn man Probleme durch Setzungen vermeiden wolle. Die restlichen Mehrflächen seien dazu gekommen, weil man erst jetzt tiefer in die Planung einsteigen konnte. Jede erste Planung müsse nach der Zuschlagserteilung weiter vertieft werden und dabei zeige sich dann in der Regel, dass man Änderungen vornehmen müsse. In der ersten Phase sei man von einer Nutzfläche von ca. 12.000 m² ausgegangen, dies sei jetzt genauer verifiziert worden. Die wesentliche Erweiterung resultiere aus einer Unterkellerung im 3. Bauabschnitt und die Alternative einer Pfahlgründung sei mindestens genau so teuer wenn nicht noch teurer. Eine Setzung innerhalb eines Gebäudeteils mit allen negativen Folgen könne nur durch eine einheitliche Gründungsebene für das Gebäude vermieden werden. Zu den Kosten könne Herr **Asan** Auskunft geben.

Kreisrätin **Brigitte Leipold** zeigt sich überrascht von der Aussage, dass man jetzt erst erkannt habe, dass die Bruttogeschossfläche um ca. 1.500 m² höher ausfallen müsse als geplant. Habe man dies wirklich nicht vorhersehen können? Die Unterkellerung sei für die Schule zweifellos von Vorteil, aber sei der Untergrund wirklich so schlecht und

eine Pfahlgründung so viel teurer?

Herr **Broghammer** antwortet, dass man das genau geprüft habe. Eine Pfahlgründung sei nicht billiger bzw. sogar teurer und auf den dringenden Rat der Fachleute müsse man eine einheitliche Gründung vornehmen, sonst bestehe die Gefahr von Rissen im Gebäude.

Herr **Asan** bestätigt diese Aussagen. Man habe dies umfangreich geprüft. Anschließend stellt er die Entwicklung der Kosten gem. Anlage zur Sitzungsvorlage vor.

Der **Vorsitzende** ist der Auffassung, dass man die Rückstellung (Reserve) in Höhe von 5 % der Baukosten streichen solle; maßgeblich seien die Ergebnisse der Ausschreibung.

Herr **Asan** ergänzt, dass der 1. Bauabschnitt (mit Sporthalle) in diesem Falle ca. 20 Mio. € kosten werde. Außerdem empfehle er, den Ausbau bzw. die Verlegung der Parkplätze in den nördlichen Bereich des Grundstücks vorzuziehen. Der vorgestellte Zeitplan könne nur eingehalten werden, wenn man heute eine Entscheidung treffe. Der Bauantrag werde für alle Bauabschnitte gestellt.

Der **Vorsitzende** stellt fest, dass das Schulgebäude nach Abzug der Kosten für die Halle (3,5 Mio. €) ca. 16,5 Mio. € kosten werde. Die Investition sei zunächst haushaltsneutral, die nach dem neuen Haushaltsrecht vorgeschriebene Erwirtschaftung der Abschreibungen beginne erst nach Fertigstellung. Bis dahin gehe es dem Landkreis nach den derzeitigen Prognosen wieder besser, sodass er das für machbar halte.

Kreisrat **Kessler** ist der Auffassung, dass man zur Kenntnis nehmen müsse, dass das Vorhaben nicht nur 40 Mio. € koste, sondern über 46 Mio. €. Habe man die Kosten für die Ausstattung geschätzt oder gerechnet? Die Nebenkosten in Höhe von 21 % seien sehr hoch für ein öffentliches Gebäude. Er wundere sich, dass Drees & Sommer erst sehr spät einen Baugutachter einbezogen habe und deshalb stelle er die Kompetenz des Büros in Frage. Man müsse wohl mit weiteren Kostensteigerungen rechnen.

Der **Vorsitzende** verlässt den Sitzungssaal. Kreisrat **Franz Moser** übernimmt die Leitung der Sitzung.

Kreisrätin **Kammerer** nimmt Bezug auf die Kosten für die Gründung. Gebe es wirklich keine billigere Alternative?

Kreisrat **Engelmann** ist der Auffassung, dass man prüfen müsse, ob man in den zusätzlichen Kellerräumen nicht Werkstatträume einrichten könnte. Immerhin gehe es um eine Fläche von ca. 1.400 m² und so könne man Geld sparen.

Kreisrat **Siegfried Lehmann** (MdL) nimmt Bezug auf die bisherige Beratung. Man habe die Planung ausgewählt und der Umsetzung zugestimmt. Die Frage sei, ob die Probleme bei der Gründung bereits beim Wettbewerb bekannt gewesen oder zumindest absehbar gewesen seien. In diesem Falle hätte man gleich von anderen (höheren) Summen ausgehen müssen. Eine Aufteilung des 1. Bauabschnittes in 1 a) und 1 b) halte er nicht für sinnvoll, denn in diesem Falle könne man die Synergieeffekte durch den gleichzeitigen Bau von Schulgebäude und Halle nicht realisieren. Außerdem sei klar absehbar, dass die wirtschaftliche Krise viel schneller überwunden werde als vorhergesagt. Man dürfe daher das Vorhaben nicht durch einen „rhetorischen Trick“ splitten. Billiger sei es, die Halle gleich mitzubauen, die Argumente im Zusammenhang mit der diesbezüglichen Entscheidung am 29.03.2010 seien nach wie vor vollinhaltlich gültig. Er stelle daher den Antrag, den Beschluss vom 29.03.2010 aufrecht zu erhalten.

Der **Vorsitzende** (Kreisrat **Franz Moser**) teilt mit, dass man darüber nachher separat abstimmen werde.

Kreisrat **Dr. Geiger** stellt fest, dass man von Gesamtkosten von 40 Mio. € ausgegan-

gen sei. Jetzt sei aber von 46 Mio. € die Rede. Er beantrage, diese Gesamtkosten zu nennen (Zusammenfassung der Beschlussziffern 1 a) und c)). Zur Entlastung von Drees & Sommer müsse man zwar sagen, dass bereits am 29.03.2010 klar gewesen sei, dass noch Kosten dazu kommen werden, dennoch liege man nun bei 46 Mio. €. Die Mehrkosten durch eine erhöhte Kubatur habe man durch billigere Lösungen größtenteils wieder eingespart, aber gehe dies nicht zu Lasten der Qualität? Dafür gebe es jetzt eine Liste über optionale Leistungen, über diese Liste beantrage er namens der Fraktion der FDP eine gesonderte Abstimmung. Man dürfe auf keinen Fall zu Lasten der Qualität einsparen, denn das räche sich, man müsse auch die Lebenszykluskosten berücksichtigen.

Die eingeplante Reserve von 5 % sei wohl nicht üblich, aber wenn sich die weiteren Bauabschnitte zeitlich verzögern, reiche das nicht, dann müsse man eher von 8 – 10 % höheren Kosten ausgehen. Außerdem müsse man auch über die „anderen Kosten“ reden, so z. B. im Zusammenhang mit der Ausstattung der Mensaküche. Ein Privater werde wohl nicht 100.000 € investieren und wenn dies doch geschehen sollte, müsse man sich wohl über viele Jahre an einen Pächter binden, den man nicht loswerden könne, wenn man unzufrieden sei. Im Übrigen müsse man auch die Umzugskosten mit dazu rechnen.

Die Aufteilung in einen Bauabschnitt 1 a) und b) sei nicht nachvollziehbar. Man wolle die Halle im 1. Bauabschnitt mit bauen, denn dadurch spare man Kosten. Klar sei: Wenn man die Halle jetzt nicht baue, sei dies vom Ablauf und der Planung her erst im 3. Bauabschnitt möglich. Und wenn man dann kein Geld haben sollte, gebe es keine Halle. So könne man nicht vorgehen, im Übrigen seien zwischen dem Beschluss vom 29.03.2010 und der heutigen Sitzung keine 6 Monate vergangen.

Kreisrätin **Brigitte Leipold** stimmt dem zu. Die Beschlussfassung über den Haushalt 2011 sei sehr spät, damit bekomme man ein zeitliches Problem. Mit Drees & Sommer sei sie nicht ganz zufrieden und die Kosten für die Ausstattung müsse man einbeziehen. Dass das alte Gebäude abgebrochen werden müsse, sei ebenso bekannt gewesen wie die Tatsache, dass sich darunter auch belastetes Material befinde. Die Kapital- und Finanzierungskosten seien ebenfalls nicht dabei, obwohl diese finanziert werden müssten. Bei der Mensa seien ebenfalls viele Fragen offen, in Konstanz habe man damit negative Erfahrungen gemacht. Unklar sei auch, ob es Ausweichquartiere (Container) geben müsse und eine einheitliche Gründung müsse nicht zwingend erfolgen (Stichwort: Dehnfugen). Beim Bau des Konzerthauses in Konstanz habe Drees & Sommer gesagt, dass eine Pfahlgründung möglich sei. Wenn man so weiter mache wie man begonnen habe, bleibe es nicht bei den 46 Mio. €.

Im Übrigen plädiere auch sie für die Beibehaltung des Beschlusses vom 29.03.2010.

Der **Vorsitzende** kehrt in den Sitzungssaal zurück und übernimmt wieder die Leitung der Sitzung. Kreisrat **Franz Moser** begibt sich an seinen Beratungstisch.

Kreisrat **Müller Fehrenbach** stellt fest, dass man heute substanziell weiterkommen wolle. Viele Fragen seien berechtigt, aber ganz wesentlich sei, ob man bauen wolle oder nicht. Um diese Entscheidung dürfe man sich nicht drücken, heute müsse man der Verwaltung einen klaren Auftrag erteilen, die Entscheidung über die Umsetzung treffe man dann im Rahmen der Beratung des Haushalts 2011.

Die neuen, belastbaren Zahlen seien erschreckend, unabhängig davon habe sich die Dringlichkeit des Vorhabens erhöht. Eine Sanierung wäre unwirtschaftlich, der Beschluss für einen Neubau habe man getroffen. Dass nicht gleich ein Baugrundgutachten erstellt worden sei, sei zwar bedauerlich, aber das ändere nichts am schlechten Baugrund selbst. Offen sei im Übrigen noch die Frage der Fassadengestaltung, darüber müsse man noch beraten und beschließen.

Dem gegenüber habe man Klarheit bei der Energieversorgung (Hackschnitzel/Gas). Eine natürliche Belüftung sei gewährleistet.

Die Fraktion der CDU wolle keine Interimszeit bei der Sporthalle. Die alte Halle müsse so lange instand gehalten werden, bis die neue Halle bezugsfertig sei. Dies sei möglich, die CDU stelle nicht den Bau der Halle an sich in Frage, sondern allein den Zeitpunkt. Im Übrigen solle man dem Beschlussvorschlag des Bauausschusses folgen – der Bauantrag wird für das gesamte Vorhaben gestellt, bezüglich der Halle müsse man gesondert abstimmen.

Der **Vorsitzende** betont, dass man bezüglich der Fassadengestaltung anbiete, am 04.10.2010 eine entsprechende Besichtigungsfahrt durchzuführen. Eine Liste, in der sich Interessenten eintragen könnten, befinde sich im Umlauf. Heute müsse man aber einen Grundsatzbeschluss fassen, die Entscheidung über die Gestaltung der Fassade könne zu einem späteren Zeitpunkt getroffen werden.

Auch bei einer Aufteilung des Bauabschnitts in 1 a) und b) gebe es immer eine voll funktionsfähige Sporthalle, in einer Interimszeit evtl. sogar zwei Hallen. Die neue Halle könne im 3. Bauabschnitt realisiert werden, auch in diesem Fall ergäben sich Synergieeffekte.

Kreisrat **Baumgartner** plädiert für den Bau der Halle im 1. Bauabschnitt. Wenn das nicht erfolge, sei die Halle „tot“. Der Kreistag habe am 29.03.2010 entschieden, diesem Beschluss gebe es nichts mehr hinzuzufügen. Im Übrigen sei jeder Bauabschnitt für sich voll nutzbar. Die finanzielle Situation des Landkreises werde sich nicht wesentlich verbessern, zumal heute noch unklar sei, wann der 2. und 3. Bauabschnitt realisiert werden könnten.

Kreisrätin **Kammerer** will wissen, ob die Kosten für den Abbruch in der Kostenberechnung für den 1. Bauabschnitt enthalten seien.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass der Hausmeister ausgezogen sei. Insofern stünde dem Beginn des 1. Bauabschnitts nichts mehr im Wege.

Kreisrat **Krause** hält es für sinnvoll, die Kostenreserve (5 %) zu belassen. Eine Aufstellung über evtl. Mehrkosten wäre gut, so könnte man genau verfolgen, ob sich Planung und Realität decken.

Herr **Broghammer** teilt mit, dass man beim Wettbewerb von einem „normalen Baugrund“ ausgegangen sei. Eine genaue Analyse werde üblicherweise erst danach vorgenommen. Bei den Einsparungen habe man bewusst keine Einschränkungen bei der Qualität vorgenommen. Bei der Fassade sei man von einem Sichtmauerwerk ausgegangen, aber da das Budget dafür nicht ausreiche, habe man eine Schieferfassade vorgeschlagen. Man habe auch dabei nicht zulasten der Nachhaltigkeit gespart.

Die Unterbringung von Werkstätten im Keller sei schwierig. Es gebe nur in wenigen Klassenzimmern etwas Tageslicht, der Rest der Räume sei dunkel. Außerdem müsse man bedenken, dass es für Werkstatträume erhöhte Anforderungen an die Belüftung gebe und das werde teuer. Im Übrigen sei die Ausstattung veraltet und müsse erneuert werden. Dies gelte auch für die Möblierung und die IT-Ausstattung im 1. und 2. Bauabschnitt.

Herr **Asan** teilt mit, dass es schwierig sei, die Entwicklung der Baukosten vorausszusagen. Ausweichquartiere (Container) seien nicht erforderlich, die Umzugskosten könnten nachgereicht werden.

Kreisrat **Beyer-Köhler** nimmt ab 17:00 Uhr an der Sitzung teil.

Kreisrat **Engelmann** stellt fest, dass es sich bei ca. 1.400 m² nicht nur um 2 Schulräume handeln könne. Der größte Teil befinde sich im 2. Bauabschnitt, daher könne man

darüber nochmals in Ruhe nachdenken. Im Bauausschuss habe man lange über die Fassade geredet – für den Schiefer habe man wohl 140 €/m² angesetzt. Ein Putz sei viel billiger – habe man dies geprüft? Im 2. Bauabschnitt soll ein Innenhof aufgeschüttet werden – evtl. könne man sich das ersparen und in diesem Innenhof noch etwas unterbringen.

Der **Vorsitzende** antwortet, dass man den Keller allein wegen der Gründungsproblematik bauen müsse. Wenn man dort unterrichten wolle, würde dies zu hohen Folgekosten für Beleuchtung und Belüftung führen. Herr **Broghammer** bestätigt dies.

Kreisrat **Ostermaier** stellt fest, dass man für den Neubau und alle damit zusammenhängenden Kosten mindestens 46,2 Mio. € aufwenden müsse. Woher wolle man in einer absehbar so schlechten finanziellen Lage dazu das Geld hernehmen? Man müsse die notwendigen Maßnahmen beschließen, das sei unstrittig. Daher sei der 1. Bauabschnitt unstrittig. Seit der Entscheidung am 29.03.2010 hätte sich jedoch die finanzielle Lage nochmals dramatisch verschlechtert. Der Landkreis müsse 46,2 Mio. € finanzieren, Rücklagen gebe es keine. Man könne über das Notwendige hinausgehende Kosten auch nicht damit rechtfertigen, dass es 2012 ff. wieder besser werde – eine solche Rechnung wäre fahrlässig. Jeder ausgegebene € müsse finanziert und in der Zukunft über die Abschreibungen erwirtschaftet werden.

Er plädiere dafür, heute nochmals über den Bau der Halle im 1. Bauabschnitt abzustimmen. Diesen Antrag stelle er, weil sich die Fakten seit dem 29.03.2010 geändert hätten. Nicht vergessen dürfe man dabei, dass man auch über die Finanzierung des 1. Bauabschnitts in den Jahren 2011 – 13 entscheide. Momentan seien in der Mittelfristigen Finanzplanung dafür noch keine Zahlen eingestellt, sodass man einen totalen Blindflug absolviere. Insofern könne er nur dringend davor warnen, mehr als das Notwendige zu beschließen. Angesichts des zu erwartenden erheblichen Defizits im Haushalt 2011 wäre es besser, abzuwarten und erst im Zuge der Beratung des Haushalt 2011 zu entscheiden, was man sich leisten könne.

Wenn man aber heute nicht nochmals darüber entscheide, ob man die Halle im 1. Bauabschnitt mit baue, bleibe es beim Beschluss vom 29.03.2010. Dann müsse so ausgeschrieben und auch vergeben werden. Daher sei diese Entscheidung vor dem Hintergrund der dramatischen finanziellen Entwicklung zwingend gefordert und er beantrage, darüber gesondert abzustimmen.

Kreisrat **Frank** stellt fest, dass er nach dem Vortrag der externen Berater sehr besorgt sei. Man habe einen Entwurf ausgewählt und bereits schlechte Erfahrungen gemacht. Bisher lägen nur Entwürfe vor und er frage sich, ob es sein müsse, dass man heute bereits die Beauftragung der Leistungsphasen 5 – 7 vergeben müsse. Weitere Überraschungen seien nicht ausgeschlossen, evtl. wäre es besser, einen Generalunternehmer zu beauftragen. Er stelle daher den Antrag, dies vorab zu prüfen.

Der **Vorsitzende** antwortet, dass man die Baugenehmigung für alle Bauabschnitte beantragen wolle. Darüber bestehe Konsens. Nach der nochmaligen Entscheidung, ob die Sporthalle im 1. Bauabschnitt realisiert werden solle oder nicht, könne man die Fachingenieure und den Architekten mit der weiteren Planung beauftragen. Unabhängig davon müsse man die Parkplätze verlegen.

Die Ausschreibung der Rohbauleistungen erfolge erst nach der Beratung und Beschlussfassung über den Haushalt 2011. Das Ergebnis der bisherigen Beratung fasse er wie folgt zusammen:

- 1) *Einreichung des Bauantrags bei der Stadt Radolfzell (Gesamtplanung über alle 3 Bauabschnitte).*
- 2) *Nochmalige Abstimmung darüber, ob die Halle im 1. Bauabschnitt gebaut wird.*

- 3) *Beauftragung des Architekten und der Fachplaner für den 1. Bauabschnitt (Werkplanung und Vorbereitung der Ausschreibung/Leistungsphasen 5 und 6).*
- 4) *Erstellung eines Finanzierungskonzepts und Entscheidung über die Freigabe der Ausschreibung im Rahmen der Beratung des Haushalts 2011.*

Im schlechtesten Fall setze man teilweise Planungskosten in den Sand, aber bevor man nicht wisse, wie der Haushalt 2011 aussehe, könne man keine Ausschreibungen durchführen.

Kreisrat **Ostermaier** ist damit einverstanden; damit sei klar, dass erst im Rahmen der Beratung des Haushalts 2011 über die Freigabe der Ausschreibungen entschieden werde und dass man sich nicht bereits zum jetzigen Zeitpunkt binde.

Kreisrat **Dr. Schmidt** beantragt „Schluss der Debatte“.

Kreisrat **Siegfried Lehmann** (MdL) hält eine Gegenrede zu diesem Antrag. Man stehe jetzt vor einer unübersichtlichen „Gemengelage“, die Fraktion der FWV beantrage die Aufteilung des 1. Bauabschnitts in 1 a) und b) und wolle erst im Rahmen der Beratung des Haushalts 2011 entscheiden. Wenn die Fraktion der FWV diesen Antrag aufrecht erhalten sollte, müssten weitere Wortbeiträge zugelassen werden.

Kreisrat **Ostermaier** stellt fest, dass man heute angesichts der absehbaren finanziellen Probleme im Jahr 2011 nicht über die Freigabe der Ausschreibungen entscheiden könne. Dies sei erst nach dem Vorliegen des Entwurfs des Haushalts 2011 möglich. Klar sei, dass man die Planung nach dem Beschluss über den Hallenbau im 1. Abschnitt soweit vorbereiten müsse, dass die Ausschreibung nach den Haushaltsberatungen ohne weitere zeitliche Verzögerung erfolgen könne. Man wolle die Halle im Übrigen nicht streichen, sondern nur den Zeitpunkt des Neubaus verschieben.

Kreisrat **Dr. Schmidt** zieht seinen Antrag auf „Schluss der Debatte“ zurück; mit dem Antrag von Kreisrat **Ostermaier** sei er nicht einverstanden.

Die Kreisräte **Frank** und **Stolz** stellen einen Antrag auf „Schluss der Debatte“.

Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss (31 Ja-Stimmen gegen 20 Nein-Stimmen):

Dem Antrag auf „Schluss der Debatte“ wird zugestimmt.

Der **Vorsitzende** fasst das Ergebnis der Beratung zusammen. Die Kreisräte **Dr. Geiger**, **Franz Moser**, **Siegfried Lehmann** (MdL) und **Ostermaier** wiederholen und präzisieren ihre Anträge. Der Kreistag fasst folgende

Beschlüsse:

1. Gesamtmaßnahme (alle Bauabschnitte)

Beschluss 1 (einstimmig):

- a) **Die Gesamtentwurfplanung wird genehmigt. Die vorgelegte Kostenberechnung in Höhe von insgesamt 40,2 Mio. € brutto (ohne die unter b) genannten zusätzlichen Kosten) wird zur Kenntnis genommen.**

Beschluss 2 (Mehrheit der Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen, 4 Enth-

tungen):

- b) Es wird zur Kenntnis genommen, dass neben den Baukosten in Höhe von 40,2 Mio. € gem. Buchst. a) mit zusätzlichen Kosten in Höhe von 4 Mio. € für die Ausstattung/Einrichtung sowie für die Entsorgung schadstoffhaltiger Stoffe zu rechnen ist, die zu finanzieren sind.

Damit summieren sich die Kosten für das Gesamtvorhaben auf insgesamt ca. 44,2 Mio. €

Hinweis:

Diese zusätzlichen Kosten konnten zu einem früheren Zeitpunkt noch nicht beziffert werden, sondern wurden bislang nur nachrichtlich erwähnt.

- c) Der Ausführung von zusätzlichen optionalen Leistungen (insgesamt max. 365.000 € brutto) wird wie folgt zugestimmt:

Beschluss 1 (Mehrheit der Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen):

Umsetzung Stellplatzflächen mit Rasenpflaster anstatt Schotterrassen (+ 70.000 €).

Beschluss 2 (Mehrheit der Ja-Stimmen gegen 8 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen):

Umsetzung tageslichtabhängige Steuerung der Beleuchtung der Klassenräume zur Energieeinsparung (Amortisation nach 5 Jahren) - + 50.000 €

Beschluss 3 (Mehrheit der Nein-Stimmen gegen 5 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen):

Zusätzliche Lautsprecher in Unterrichtsräumen für Beamer/ABLEHNUNG, nochmalige Prüfung mit der Schule.

Beschluss 4 (Mehrheit der Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung):

Umsetzung Bau der Aufzugsanlage im 1. Bauabschnitt (Schule) - + 55.000 €

Beschluss 5 (Mehrheit der Nein-Stimmen gegen 12 Ja-Stimmen, 8 Enthaltungen):

Röhrenheizung anstatt profilierte Plattenheizkörper/Fußbodenkonvektoren/ABLEHNUNG.

Hinweis:

Durch diese Beschlüsse reduzieren sich die Mehrkosten von 365.000 € auf 175.000 € (Gesamtplanung) bzw. von 240.000 € auf 150.000 € (1. Bauabschnitt).

*Die von Kreisrätin **Brigitte Leipold** geforderte optionale Ausschreibung (Beschluss 5) ist aus rechtlichen Gründen nicht möglich.*

- d) Einreichung des Bauantrags

Beschluss (einstimmig, 1 Enthaltung):

Der Bauantrag soll auf der Grundlage der vorliegenden Entwurfsplanung als ein Antrag für die Gesamtmaßnahme eingereicht werden.

2. Umsetzung des 1. Bauabschnitts

a) Umfang des 1. Bauabschnitts

Beschluss 1 (namentliche Abstimmung/27 Ja-Stimmen gegen 28 Nein-Stimmen, keine Enthaltungen):

Der Antrag von Kreisrat FRANZ MOSER u. a., den Neubau der Sporthalle nicht im 1. Bauabschnitt umzusetzen und erst zu einem späteren Zeitpunkt zu verwirklichen (so schnell wie möglich und ohne Interimszeit, spätestens mit dem 3. Bauabschnitt), wird abgelehnt.

Hinweise des Vorsitzenden:

Damit bleibt es dabei, dass die Sporthalle im 1. Bauabschnitt errichtet wird.

*Eine Abstimmung über den von Kreisrat **Siegfried Lehmann** (MdL) gestellten Antrag (Belassung der Beschlussfassung des Kreistags vom 29.03.2010, Bau der Halle im 1. Bauabschnitt) erübrigte sich nach dem Ergebnis der Abstimmung über den Antrag von Kreisrat **Franz Moser** u. a. gem. Ziff. 2.*

Weitere Beschlüsse (einstimmig):

- b) Für die Maßnahmen aus der Optionsliste entfallen gegebenenfalls 150.000 € auf den 1. Bauabschnitt (s. Beschlüsse zu Ziff. 1 c), anteilig für 2011).
- c) Für Ausstattung und Entsorgung schadstoffhaltiger Stoffe (Abbruch Bau A) sind im Jahr 2013 zusätzliche Mittel in Höhe von 2,1 Mio. € einzuplanen.
- d) In den Entwurf des Finanzhaushalts 2011 ff. sind die gemäß den oben genannten Beschlüssen erforderlichen Mittel einzustellen. Über die Bewilligung der Mittel wird im Rahmen der Beratung und Beschlussfassung über den Haushalt 2011 entschieden.
- e) Die Beauftragung der Architekten und Fachingenieure mit den Leistungsphasen 5 und 6 (Werkplanung und Vorbereitung der Ausschreibung) für den 1. Bauabschnitt wird beschlossen.
- f) Die Ausschreibung erfolgt entsprechend den im Rahmen der Beratung des Haushalts 2011 etatisierten und frei gegebenen Mitteln

Weiterer Beschluss (einstimmig):

Dem Antrag von Kreisrat FRIEDRICH (MdB), in die Ausschreibungen einen Passus aufzunehmen, wonach die Anbieter verpflichtet werden, deutsches Tarifrecht für Arbeiten in Deutschland anzuwenden, wird zugestimmt.

Hinweis:

Die Herren ASAN und BROGHAMMER bestätigen, dass dies rechtlich zulässig ist.

5. **Neuorganisation Job-Center:**

Künftige Umsetzung des SGB II im Landkreis Konstanz

Der **Vorsitzende** verweist auf seine zu Beginn der Sitzung gemachten Ausführungen (Absetzung/Vertagung).

6. **Einrichtung eines Pflegestützpunktes im Landkreis Konstanz gemäß § 92 c Sozialgesetzbuch (SGB) XI**

Kreisrätin **Kammerer** begrüßt die ausführliche Vorlage. Nicht klar sei, wie die Außensprechstunden stattfinden sollen (Ziff. 7 der Konzeption). Ersetze das neue Angebot die bisherigen monatlichen Altenhilfeberatungen? Außerdem wünsche sie sich eine detaillierte Aufstellung über die Besetzung der entsprechenden Stellen.

Die Beratung dürfe sich nicht auf den rein sachlichen Bereich beschränken; es sollte auch ein Ansprechpartner aus dem Pflegebereich anwesend sein, nur dann sei eine wirklich umfassende Beratung sichergestellt.

Kreisrätin **Happle- Lung** und Kreisrat **Keck** verlassen die Sitzung um 17:30 Uhr.

Kreisrätin **Dr. Hofer** ist der Auffassung, dass es 1 x pro Woche eine Abendsprechstunde geben müsse, ggf. zunächst auf Probe. Gebe es auch eine aufsuchende Beratung und sei diese neutral? Zu gegebener Zeit sollte darüber im Fachausschuss berichtet werden.

Für Kreisrat **Volz** stellt das Angebot nichts wirklich Neues dar. Ursprünglich sollte damit mehr Flexibilität bei den Beratungszeiten geboten werden (außerhalb der Öffnungszeiten der Behörden). Werde das umgesetzt und wie sehe die Konzeption für die Beratung vor Ort aus? In der Stadt Konstanz werde in diesem Bereich schon heute eine sehr gute Arbeit geleistet, die Probleme seien bekannt. Offensichtlich sei keine Aufstockung des Personals vorgesehen, neu sei wohl nur, dass das Land jetzt mit finanziere. Stimme das?

Vermisst werde eine rechtliche Beratung. Dies sollte erfolgen und das Angebot sollte insgesamt besser öffentlich bekannt gemacht werden. Namens der Fraktion der SPD frage er nach dem Geltungsbereich/räumliche Zuständigkeit des Pflegestützpunkts (bis Blumenfeld?) und wie die Vernetzung aussehe. Im Übrigen sei er überrascht, dass man darüber nicht mehr im Sozialausschuss beraten habe und über den Start, der bereits am 01.11.2010 erfolgen solle.

Kreisrat **Boldt** verlässt die Sitzung um 17:35 Uhr.

Herr **Goßner** bestätigt, dass das Land das Angebot mit finanziere. Die vorhandenen Strukturen werden genutzt und die Versorgung des ländlichen Raums erfolge über eine Altenhilfefachkraft. Diese mache bei Bedarf auch Hausbesuche.

Beim Angebot arbeiten alle Betroffenen zusammen, so seien z. B. die Kranken- und Pflegekassen mit im Boot. Die Beratung erfolge auf neutraler Basis.

Auf Nachfrage von Kreisrätin **Kammerer** bestätigt Herr **Goßner**, dass mit der Einrichtung des Pflegestützpunkts keine Aufstockung des Personals verbunden sei. Die Kranken- und Pflegekassen tragen 2/3 der Kosten, der Landkreis beteilige sich zu 1/3. Abendsprechstunden vor Ort seien derzeit weder vorgesehen noch leistbar. Dies habe man in anderen Bereichen schon versucht und die Akzeptanz sei zu gering gewesen. Bei Hausbesuchen sei dies jedoch möglich, zumal oftmals auch die Angehörigen mit dabei seien und diese seien in der Regel berufstätig.

Der **Vorsitzende** sagt zu, dass man zu gegebener Zeit im Sozialausschuss berichten werde.

Auf Nachfrage von Kreisrat **Volz** bestätigt Herr **Goßner**, dass die Pflegefachdienste eine Ausweitung des Angebots gefordert hätten, dies sei jedoch aufgrund der Rahmenbedingungen nicht möglich. Bereits Bestehendes werde weiter gewährt bzw. angeboten und wo möglich auch verbessert.

Die Kreisräte **Baumert** und **Dr. Both** verlassen die Sitzung um 17:45 Uhr.

Kreisrat **Volz** ist der Auffassung, dass man mehr tun könnte; dennoch plädiere er dafür, jetzt so zu starten und dann zu prüfen, welche Verbesserungen möglich seien.

7. Bürgerfragestunde

Auf Nachfrage des **Vorsitzenden** erfolgen keine Wortmeldungen.

8. Flugverkehrsbelastung durch den Flughafen Zürich-Kloten;

Antrag der Fraktion der CDU

Die Kreisräte **Amann**, **Binder** und **Hänssler** verlassen die Sitzung um 17:50 Uhr.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor Beginn der Sitzung ebenfalls einen Antrag zu diesem Thema eingereicht hätten. Dieser Antrag sei etwas weitergehend, der Antrag der CDU enthalte dem gegenüber lediglich die wesentlichen Eckpunkte. Er würde es begrüßen, wenn man sich einigen könnte, denn eine einstimmige Beschlussfassung käme dem Anliegen insgesamt zugute.

Kreisrat **Franz Moser** teilt mit, dass die Fraktion der CDU rechtzeitig eingereicht habe. Den weiteren Antrag habe er gerade erst gelesen. Insofern tue er sich schwer, jetzt gleich eine Entscheidung zu treffen.

Kreisrat **Friedrich** (MdB) wundert sich über das Vorgehen und den neuen politischen Stil. Bisher hätten in diesem Punkt alle Betroffenen an einem Strang gezogen und das sei gut für die Region, nur so könne man sich Gehör verschaffen. Offensichtlich handle es sich um ein Wahlkampfmanöver und damit tue man sich keinen Gefallen. Die von Bundeskanzlerin **Merkel** vorgeschlagene Lärmmessung sei völlig verfehlt und werde der Sache nicht gerecht. Hier handle es sich offensichtlich um einen CDU-internen Zwist, der sich jedoch nicht negativ auf die Vertretung der berechtigten Interessen der Region auswirken dürfe.

Kreisrat **Siegfried Lehmann** (MdL) teilt mit, dass er den Antrag heute vor der Sitzung eingereicht habe. Der Antrag der CDU sei nicht deutlich genug und greife zu kurz. Die Begleitkommission „Fluglärm Zürich“ beim Regierungspräsidium Freiburg habe beschlossen, die Position der Region beim Land einzubringen. Basis dafür sei die „Erklärung der politisch Verantwortlichen in Südbaden zur Flugverkehrsbelastung durch den Flughafen Zürich“ vom 25.11.2009. Obwohl Ministerpräsident **Mappus** noch im März 2010 schriftlich zugesichert habe, die Position auch gegenüber dem Bund zu vertreten, sei er im Rahmen eines Kreistagsbesuchs in Waldshut im Juli 2010 scheinbar davon abgerückt. Deshalb gehe es darum, dass sich das Land die Position der Region zu eigen mache und diese beim Bund entsprechend vertrete.

Kreisrat **Jüppner** verlässt die Sitzung um 17:55 Uhr.

Kreisrätin **Netzhammer** (MdL) und Kreisrat **Stolz** beantragen eine Vertagung.

Der **Vorsitzende** widerspricht diesem Antrag. Man müsse jetzt handeln und er halte es

für unerlässlich, dass der Ministerpräsident die Position der Region auch beim Bund vertrete. Er schlage vor, dass er einen entsprechenden Brief verfasse und damit sei dem Anliegen der beiden Fraktionen aus seiner Sicht Rechnung getragen.

Kreisrat **Franz Moser** stimmt namens der Fraktion der CDU zu.

Kreisrat **Brennenstuhl** teilt mit, dass sich die Bürgerinitiative an die Begleitkommission gewendet habe. Sie habe bemängelt, dass das Land die Position der Region nicht an den Bund weitergegeben habe und deshalb sei es richtig gewesen, nachzufassen. Es handle sich dabei nicht um ein Wahlkampfmanöver, sondern um eine Notwendigkeit. Im Übrigen habe die Begleitkommission ihre Mitglieder gebeten, die Angelegenheit in den Kreistagen zur Sprache zu bringen und das habe man getan.

Der **Vorsitzende** wiederholt seinen Vorschlag und ergänzt, dass er den Brief den Mitgliedern des Kreistags zur Kenntnis geben werde.

Auf Nachfrage des VORSITZENDEN erfolgt einstimmige Zustimmung.

9. Mitteilungsvorlagen

9.1 Job-Center Landkreis Konstanz;

Sachstandsbericht Grundsicherung für Arbeitssuchende

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage; Wortmeldungen erfolgen nicht.

9.2 Sachplan Geologisches Tiefenlager;

Sachstandsbericht

Kreisrat **Dr. Schmidt** gibt zu Protokoll, dass die Stadt Radolfzell ebenfalls eine Stellungnahme im Rahmen des Anhörungsverfahrens abgeben werde.

Allerdings höre er sogar von der Deutschen Umwelthilfe, dass das Schweizer Verfahren sehr transparent und offen sei – ganz im Gegensatz zum hiesigen Verfahren (Stichworte: Gorleben/Lagerstätte Asse). Wenn man jetzt Stellung zum Schweizer Vorhaben nehme, müsse man aufpassen, dass man angesichts der nicht gemachten eigenen „Hausaufgaben“ unglaubwürdig werde.

10. Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche

10.1 Unterrichtung der Mitglieder des Kreistags

Der **Vorsitzende** stellt die **Nichtöffentlichkeit** her und unterrichtet die Mitglieder des Kreistags über den Sachstand in einer aktuellen Angelegenheit.

Nach der Unterrichtung stellt der **Vorsitzende** die Öffentlichkeit her.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, schließt der **Vorsitzende** die **öffentliche** Sitzung um 18:10 Uhr.

Der Vorsitzende:

Frank Hämmerle

Franz Moser (zeitweise Leitung/TOP 4)

Für den Kreistag:

Wolfgang Müller-Fehrenbach

Bernhard Volk

Dr. Jörg Schmidt

Dr. Christiane Kreitmeier

Für das Protokoll:

Manfred Roth